

# AKKUMULATION

INFORMATIONEN DES ARBEITSKREISES FÜR KRITISCHE UNTERNEHMENS- UND INDUSTRIEGESCHICHTE

NR. 5

## NOBELPREISE FÜR WIRTSCHAFTSHISTORIKER

von Werner Plumpe

Im Herbst 1993 erhielten Douglas C. North und Robert Fogel den Nobelpreis für Ökonomie. Damit wurden erstmals zwei Wirtschaftshistoriker mit dieser höchsten Auszeichnung im Fach Wirtschaftswissenschaft bedacht. Diese Tatsache ist nach den langen Jahrzehnten einer eher ahistorischen Orientierung der Wirtschaftswissenschaft im Prinzip schon Anlaß genug zu fragen, ob sich diese Tendenz in Zukunft ändern wird. Bereits 1991 allerdings erhielt Ronald W. Coase den Nobelpreis für Ökonomie. Durch die kurz hintereinander erfolgende Ehrung von zwei Transaktionskostentheoretikern verliert die Würdigung des Werkes namentlich von Douglas C. North ein wenig ihren Überraschungswert.<sup>1</sup> Gleichwohl ist diese "Doppelehrung" nach der scheinbar unanfechtbaren Dominanz der Neoklassik und namentlich der "Marktradikalen" sensationell genug.

Im Kontext der Unternehmensgeschichte stellt sich die Frage, ob unter dem Rubrum der Transaktionskostenökonomie Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsgeschichte wieder enger zusammenrücken und welche Impulse hiervon für die Unternehmensgeschichte ausgehen. Gegenstand dieser Ausführungen sollen die wesentlichen Thesen von Coase und North sein, zusammengefaßt nach den jüngsten Publikationen.<sup>2</sup> Wie dies bei Nobelpreisen üblich ist, bedürfen die Arbeiten, die geehrt werden sollen, eines gewissen Alters und einer eigenen, sie gleichsam bestätigenden Rezeptionsgeschichte. Im Falle von Coase reichen die einschlägigen Arbeiten bis in die Vorkriegszeit zurück, bei North fiel die Veröffentlichung der wichtigsten Arbeiten in die siebziger und frühen achtziger Jahre. Zumindest die Thesen von North sind in Deutschland, wenn auch eher am Rande, bereits in den siebziger Jahren in

<sup>1</sup> Hierzu gehört der Aufschwung der Transaktionskostenökonomie insgesamt, wofür die unter einem programmatischen Namen neu erscheinende Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, jetzt Journal of Institutional and Theoretical Economics, als Beleg gesehen werden kann. Im Rahmen der "Neuen Institutionenökonomie" wurde im übrigen wirtschaftshistorischen Fragestellungen von Anfang an vergleichsweise große Aufmerksamkeit geschenkt. Hierzu zählen zweifellos auch die Arbeiten des Schweizer Ökonomen und Wirtschaftshistorikers Hansjörg Siegenthaler.

<sup>2</sup> Ronald H. Coase, *The Firm, the Market and the Law*, Chicago, London 1988. Douglas C. North, *Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte*, Tübingen 1988 (zuerst u.d.T. *Structure and Change in Economic History*, New York 1981).

der wirtschaftshistorischen Diskussion rezipiert worden, während Coase vor allem im angelsächsischen Sprachraum Beachtung fand.<sup>3</sup>

Zu Recht wies Knut Borchardt seinerzeit darauf hin, daß die Einbeziehung von Institutionen in den theoretischen Rahmen ökonomischen und sozialen Wandels das Alltagsgeschäft des Wirtschaftshistorikers ist. Die Sprengkraft der Ansätze von Coase und North bezieht sich primär auch nicht auf die Wirtschaftsgeschichtsschreibung, sondern vor allem auf die neoklassischen Wachstums- und Modernisierungsmodelle, die bis weit in die achtziger Jahre hinein die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion dominierten. Für die Wirtschaftsgeschichtsschreibung liegt ihr Wert denn auch vorderhand nicht in einer Ausweitung der empirischen Untersuchungsgegenstände, sondern in der Aufforderung zur theoretischen Reflexion und Präzisierung der an die Empirie herangetragenen ökonomischen Modelle.

Sowohl Coase als auch North thematisieren dabei explizit Entstehung und Entwicklung von Unternehmen. Bei Coase kann die Frage nach dem Stellenwert von Unternehmen gar als Ausgangspunkt der theoretischen Überlegungen aufgefaßt werden. Er stellte sich in den dreißiger Jahren die simple, vor dem Hintergrund der dominierenden neoklassischen Theorie indes brisante Frage, warum es überhaupt dazu kommt, daß Marktfunktionen durch Unternehmen und deren Handeln substituiert werden.<sup>4</sup> Er suchte nach Antworten auf seine Frage in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur, doch wurde er auch bei den nicht neoklassisch orientierten Theoretikern nicht fündig, die – wie zum Beispiel Maurice Dobb – den Grund in der Arbeitsteilung sahen, aber gerade nicht erklärten, warum das Unternehmen die Form der Reintegration arbeitsteiliger Produktionsstrukturen war.

Im Gegensatz zur Grundannahme der neoklassischen Theorie, Markttransaktionen würden kostenlos erfolgen, ging Coase davon aus, daß auch Markttransaktionen kostenträchtig sind und Wirtschaftssubjekte daher dem Markt nur jene Interaktions- und Transaktionsfunktionen überließen, die sich nicht auf andere Weise preiswerter bewältigen ließen. Die besondere Struktur der Faktormärkte, namentlich des Arbeitsmarktes, ließ eine hierarchische Koordination der Arbeit sehr viel kostengünstiger erscheinen als ihre Koordination durch permanent neu abzuschließende Marktverträge.<sup>5</sup>

Eine von hier aus ausgehende Unternehmensgeschichtsschreibung, wie sie etwa das bereits zitierte Buch von Howard Gospel enthält, wird daher zuerst die

<sup>3</sup> Knut Borchardt, "Der "Property-Rights-Ansatz" in der Wirtschaftsgeschichte – Zeichen für eine systematische Neuorientierung des Faches, in: Jürgen Kocka (Hg.), Theorien in der Praxis des Historikers, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3, Göttingen 1977, S.140 – 155. Zur englischen Rezeption vgl. beispielhaft Howard F. Gospel, Markets, firms and the management of labour in modern Britain, Cambridge 1992.

<sup>4</sup> Coase, a.a.O., S.35 f.

<sup>5</sup> Coase, a.a.O., S.40.

Frage nach den relativen Preisen von Marktkoordination und hierarchischer Koordination zu stellen haben, sich also an der jeweiligen Höhe der Transaktionskosten orientieren, die ein Unternehmen veranlassen, Marktfunktionen zu internalisieren und durch hierarchische Ordnung zu substituieren oder ihre Regulierung – konditioniert durch Eigentumsrechte und Institutionen (Gesetze, Verbände, Normen) – den entsprechend mehr oder weniger beschränkten Märkten zu überlassen. Weder hierarchische Koordination noch Marktkoordination ist danach kostenlos zu haben. Vielmehr besteht die unternehmerische Leistung gerade darin, die jeweils kostengünstigsten Kombinationen zu wählen, was wiederum in erheblichem Maße von der Marktdynamik abhängt.

Externalisierungen haben die Kosten der Marktdynamik zu tragen, neigen daher dazu, diese Marktdynamik wegen ihrer Kostenträchtigkeit zu begrenzen, sei es durch Institutionen, Gesetze, Verhaltensnormen oder Kartellabsprachen. Im Zweifel werden zu kostenträchtige Marktfunktionen internalisiert und durch Unternehmensleistungen substituiert. Internalisierungen freilich etwa von Faktormärkten (horizontale und vertikale Konzentration, Arbeitsmarktinternalisierung) lassen zwar die Kosten für Markttransaktionen geringer werden, generieren aber eigene Geschäftsführungs-, Kontroll- und Meßkosten, da der Marktpreis zur Überprüfung der unternehmensinternen Transaktionen ja gerade ausgeschlossen ist. Da sie zudem im Bereich der Arbeitsorganisation umkämpft sind (etwa Akkordkonflikte, Lohnsysteme), besitzen sie ein eigenes Unsicherheitspotential, das wiederum durch Verträge, Gesetze und Normen begrenzt, aber eben nicht ausgeschaltet werden kann.

Vor diesem Hintergrund sind etwa das Größenwachstum und die Kartellabsprachen in der deutschen Schwerindustrie nach 1880 und die sich anschließende Ausdifferenzierung einer verbesserten internen Kosten- und Arbeitskontrolle als Versuch zu sehen, die auf den Märkten entstehenden Transaktionskosten durch Internalisierung zu senken und damit die Marktdynamik besser verarbeiten zu können. In gleicher Weise ist auch die Integration von Forschungsabteilungen in der jungen chemischen Industrie zu begreifen und der damit einhergehende politische Druck, die Eigentumsrechte in Forschung und Entwicklung durch ein entsprechendes Patentrecht zu sichern. Erst nach einer entsprechenden Patentgesetzgebung waren die Voraussetzungen geschaffen, die Internalisierungsvorteile voll auszuschöpfen, ebenso wie es erst einer staatlich-juristischen Sanktionierung des Kartellwesens bedurfte, um die relativen Preisvorteile von Kartellabsprachen voll nutzbar zu machen. Gleichwohl konnte es für bestimmte Unternehmen immer noch kostengünstiger bleiben, derartige Internalisierungen und ihre Folgekosten durch Opportunismus zu umgehen, also sich bei offizieller Akzeptanz der Institutionen und Eigentumsrechte durch Dumping oder Industriespionage eine günstige Marktposition zu erobern.

Ein an einem derartigen Modell orientiertes Konzept der Unternehmensgeschichte weist gegenüber den bislang dominierenden Ansätzen eine größere Flexibilität auf. Auch bestimmte Regulierungsformen (etwa organisierter Kapitalismus) lassen sich analysieren, ohne ihnen zugleich theoretische Qualität und historische Dauerhaftigkeit bescheinigen zu müssen. In anderer Hinsicht sind freilich transaktionskostenökonomische Perspektiven sehr viel komplexer und damit schwerer zu operationalisieren, da die Bestimmung der relativen Höhe der Transaktionskosten auf den gesamten "Datenkranz" der Ökonomie verweist, insbesondere also jene Faktoren, die über die Art der Transaktionen entscheiden wie Staat, Eigentumsrechte und Normen und deren historischen Wandel, in die Analyse miteinbezogen werden müssen.

Eine derartige Integration von Perspektiven betreibt vor allem North. Sein Ansatz ist erheblich ambitionierter als das Konzept von Coase, weil es neben der kritischen Ergänzung neoklassischen Denkens durch die Einbeziehung von Transaktionskosten eine neue Gesamtsicht des wirtschaftshistorischen Prozesses eröffnet. Die sich North stellende Ausgangsfrage ist im Kern die nach den Determinanten der Transaktionskosten, also nach den Faktoren, die das Zustandekommen und Funktionieren von Märkten und Institutionen ermöglichen und damit im Prinzip über die Höhe der Transaktionskosten entscheiden. Er zielt dabei letztlich, wohl auch bewußt, auf eine Verknüpfung neoklassischen und Marxschen Denkens ab, dessen Analysepotential gegenüber dem historischen Prozeß er explizit höher veranschlagt als das der neoklassischen Theorie. Fokus seiner Überlegungen ist die jeweilige Wirtschaftsordnung. Die Verbindung von, wenn man so will, Marx und Marshall liegt darin, den durchaus neoklassischem Denken verpflichteten Transaktionskostenansatz mit der Eigentumsstruktur einer Gesellschaft zu verknüpfen. Damit treten als Determinanten der Entwicklung der relativen Preise die Eigentumsrechte und mit ihnen der Staat in den Mittelpunkt der Untersuchung.

Sein grundlegendes Werk ist entsprechend aufgebaut. Zunächst entwirft er eine Theorie des Staates, der Eigentumsrechte und der Ideologie, um in einem zweiten Schritt dieses theoretische Konzept an den Hauptetappen der Wirtschaftsgeschichte durchzuspielen. Abschließend faßt er die theoretischen Ansätze im Lichte der Theorie zu einem übergreifenden Ansatz des "institutionellen Wandels" zusammen. Durch diesen gesamthistorischen Wurf ist North nicht unbedingt vor geschichtsphilosophischen Ladungen seines Denkens im Sinne des Aufstiegs und Falls von Kulturen (Arnold Toynbee) gefeit, gleichwohl ändert seine letztlich pessimistische Sicht über die Zukunft der westlichen Wohlstandsgesellschaften nichts an der theoretischen Brisanz seiner Überlegungen.

Den Kern seiner staatstheoretischen Überlegung bilden die Kosten für die Sicherung von Eigentumsrechten durch den Staat und den Herrscher. Erst die Ausdifferenzierung spezifischer Eigentumsrechte ermöglichte die erste wirt-

schaftliche Revolution, d.h. die Nutzung von Skalenerträgen durch den Übergang zur Landwirtschaft, die ohne die gesicherte Nutzung der zusätzlichen Erträge durch eine bevorrechtigte, mit Eigentumsrechten ausgestattete Gruppe nicht realistisch gewesen wäre. Ebenso ermöglichte erst eine bestimmte Struktur von Eigentumsrechten, durch den Staat kodifiziert und sanktioniert, das Verschmelzen wissenschaftlicher und ökonomischer Prozesse im Sinne einer fortdauernden Innovationsbereitschaft, die den Kern der zweiten wirtschaftlichen Revolution seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts ausmacht.

Die Kosten des Staates werden nun bestimmt einerseits durch die Militärtechnik, also den äußeren Schutz der Eigentumsrechte, andererseits durch den Aufwand für Kontroll- und Sanktionsmechanismen im Innern. Da aufgrund stets existenter Kontroll- und Meßdefizite die "Sanktionskapazität" indes beschränkt ist, bedarf es zur Garantie der Eigentumsrechte und ihrer Nutzung stets auch einer normativ-ideologischen Ebene, die die Wirtschaftssubjekte veranlaßt, sich nicht opportunistisch zu verhalten, d.h. auf eine Befolgung der Eigentumsrechte anderer im Interesse der eigenen Kostenminimierung oder Nutzenmaximierung zu verzichten. Durch die Dynamik der Militärtechnik und die innere Umkämpftheit der Eigentumsrechte sowie die Bevölkerungsexpansion und technische Änderungen ist aber ein Status der Homoöstase faktisch nicht erreichbar, auch wenn er unter Sonderbedingungen wie etwa im alten Ägypten (keine äußeren Feinde, starke normativ-ideologische Struktur, Besonderheiten der Agrarorganisation durch den Zwang zur Nilregulierung) durchaus zeitweilig vorkommen konnte.

Für die Wirtschaftssubjekte sind die tendenziell steigenden Kosten des Staates Anlaß zu Verhaltensvariiierungen, zur Neudefinition von Eigentumsrechten, zur Durchbrechung ideologischer Vorschriften usw. Stabilität ist daher zumindest dauerhaft ausgeschlossen. Statt dessen tobt ein permanenter Kampf um die Definition von Eigentumsrechten, deren Folgen für die Transaktionskosten wiederum opportunistisches Verhalten, damit Kontrolldefizite und damit steigende Sanktionskosten hervorrufen, die wiederum den jeweils konkreten Staat in seiner Existenz bedrohen, da sein Vorzug (Garantie von Eigentumsrechten) mit seiner Kostenträchtigkeit in Konflikt steht und die Orientierung an anderen Staaten mit besserer Kostenstruktur oder an effizienter erscheinenden Eigentumsrechten und damit anderen politischen Bedingungen im Inland im Zweifelsfall die ökonomisch naheliegendere Verhaltensweise ist. Ohne Zweifel wird der Opportunismus zunehmen, der seinerseits Voraussetzung und Ergebnis des Verfalls der normativ-ideologischen Integration einer Gesellschaft ist. Werteverfall, in der Sicht von Douglas North, ist daher zumindest immer ein Element des Verfalls ökonomischer Strukturen.

Bezieht man den Ansatz von Douglas North auf die Unternehmensgeschichte, so tritt neben der Marktdynamik, die bei Coase noch das zentrale Element war, das über die relativen Preise der Koordinierungen entschied, die gesamte

politische und Eigentumsrechtsstruktur einer Gesellschaft in das Zentrum der Untersuchung mit ein. Um erneut beispielhaft zu argumentieren, stellte die Einführung des Weimarer Sozialstaates mit der staatlichen Tarifintervention eine Neudefinition von Eigentumsrechten dar, die sich als nicht kostenneutral für die Unternehmen erwies, so daß sie ihr Verhalten neben den Versuchen der internen Kostensenkung und externen Marktanpassung zugleich auf eine Neudefinition von Eigentumsrechten konzentrierten, zumal die Neudefinition der Eigentumsrechte des Sozialstaates normativ-ideologisch keineswegs verankert war. Da eine derartige Neudefinition aber scheinbar nicht zu erreichen war, liebäugelte man mit politischen Änderungen, die günstigere Eigentumsrechte versprachen, zumindest solange keine alternativen Verfahren und Techniken existierten, die durch die Neudefinition von Eigentumsrechten erhöhten Transaktionskosten auch im gegebenen Rahmen zu minimieren oder die neustrukturierten Transaktionen unternehmensintern effektiv zu substituieren. Neben der Orientierung auf politische Änderungen nahm angesichts der geringen normativ-ideologischen Akzeptanz zugleich auch der Opportunismus wiederum zu, der die staatlichen Sanktionen verteuerte bzw. ineffektiv werden ließ und daher auch bei den Nutznießern des Sozialstaates nach Änderungen der staatlichen Politik im Sinne einer Effektivierung von Kontrolle und Sanktion bzw. einer noch weitergehenden Neudefinition von Eigentumsrechten hervorrief.

Resümiert man die hier nur holzschnittartig wiedergegebenen Ansätze von Coase und North, so erscheint es im Moment noch verfrüht, von einem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftswissenschaft zu sprechen. Namentlich die Arbeiten von Coase stellen keine Fundamentalkritik, sondern eine Erweiterung der neoklassischen Überlegungen dar, freilich mit weitreichenden Folgen - insofern, und dies macht North deutlich, Politik, Wirtschaftsordnung und Ideologie für die Leistung und das Wachstum einer Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung sind. Die Verknüpfung von ökonomischen Prozessen mit ihrem institutionellen und ideologischen Voraussetzungen und Bedingungen dürfte zudem fast zwangsläufig zu einer Historisierung des ökonomischen Denkens insofern führen, als die Bildung und Entwicklung gleichsam historisch voraussetzungsloser ökonomischer Modelle, die ein typisches Kennzeichen hergebrachten neoklassischen Denkens war, die die Institutionen in den sog. Datenkranz verwiesen, hierdurch fundamental in Frage gestellt wird. Zweifellos aber besitzt andererseits namentlich der Ansatz von North noch einen derart hohen Abstraktionsgrad, daß erst weitergehende empirische Studien werden erweisen können, ob sich ein transaktionskostenökonomisch rationales Verhalten der Wirtschaftssubjekte auch praktisch bestätigen läßt. North weist, im Rahmen seiner Marxismus-Kritik, selbst zurecht auf das Schwarzfahrerproblem hin, nach dem zum Beispiel revolutionäres Klassenverhalten der Arbeiterschaft deshalb unwahrscheinlich ist, weil das individuelle Risiko des Engagements seinen möglichen Nutzen überwiegt, der unter Umständen zudem auch dann eintritt, wenn man sich selbst nicht beteiligt (z.B. Trittbrettfahrerei im Tarifsysteem).

Andererseits gesteht er aber zu, daß es ökonomisch nicht rational erklärbares Gruppenverhalten gibt, eine rein ökonomisch-rationale Betrachtung menschlichen Handelns also lückenhaft ist, auch wenn er das gleichsam unökonomische Rebellionsverhalten auf wenige historische Momente beschränkt wissen will und die auf Veränderung drängenden Potentiale insbesondere bei den Herrschenden sieht, Revolutionen von oben für ihn daher die höhere Wahrscheinlichkeit haben. Der wesentliche Punkt ist indes der, daß es in Situationen von Marktdynamik und Entscheidungsunsicherheit keine klar rational skalierbaren Handlungsvarianten gibt, so daß eine ökonomisch richtige Entscheidung häufig aus der Perspektive der Handelnden eindeutig nicht möglich ist. Insofern wird es nötig bleiben, Entscheidungsprozesse aus der Kommunikation und Interaktion von Handelnden und der sich hierin erweisenden perspektivischen Entscheidungswirklichkeiten zu rekonstruieren. Sieht man einmal von der weitergehenden Frage ab, ob aus einer transaktionskostenökonomischen Perspektive Wesen und Struktur des politischen Systems und seiner normativen Integration mehr als nur sehr beschränkt bestimmbar sind, so liegt im Ansatz von North ein Schlüssel zur Analyse ökonomischer Strukturen und ihres Wandels, keinesfalls aber seine Erklärung.

Diese Erklärung wird sich nur aus der dichten Beschreibung von Interaktions- und Kommunikationsprozessen ergeben können, deren Kontingenz gerade ihre Ableitbarkeit aus theoretischen Regeln ausschließt. Soweit North allerdings eine genaue Untersuchung von Interaktions- und Kommunikationsprozessen in konkreten Entscheidungssituationen nicht behindert, sondern durch Skizzierung eines denkbaren ökonomischen Handlungsrahmens erleichtert, sind die vorstehenden Bemerkungen nicht im Sinne einer Grundsatzkritik zu sehen. North trägt erheblich zum besseren Verständnis der Regeln des Handelns von Menschen in ökonomischen Kontexten bei, wie diese Regeln genutzt werden, bleibt freilich vom konkreten Spiel der Handelnden abhängig.

---

## ALLTAGSKONFLIKTE IM HAMBURGER HAFEN WÄHREND DER WEIMARER REPUBLIK<sup>1</sup>

von Klaus Weinbauer

Um Arbeitergeschichte aus dem Abseits herauszuholen, ist es wichtig, alte Denkbarrieren aufzulösen und neue Wege zu skizzieren. Der Gegensatz zwi-

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen fassen Teile meines Vortrags zusammen, den ich unter dem Titel "Arbeitskonflikte im Hamburger Hafen" am 15.7. 1993 im AKKU gehalten habe. Für eine genauere Darstellung, der hier nur grob umrissenen Sachverhalte, sei auf meine Dissertation verwiesen, die unter dem Titel "Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen 1914-1933" im Schöningh Verlag, Paderborn 1994 erscheinen wird.